

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementspreis 1,50 M. pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8248

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Kollegen! Nehmt jetzt überall tätigen Anteil an der Agitations- und Organisations-Arbeit!

Der sittliche Zwang zur gewerkschaftlichen Gemeinschaft.

Ein organisatorischer Zusammenschluß kann auf gegenseitlichem Zwange oder auf Freiwilligkeit beruhen. So kennen wir beispielsweise in Deutschland die Zwangsinnungen, zu denen die Mitgliedschaft gesetzliche Pflicht ist. Für die deutschen Gewerkschaften besteht eine solche bekanntlich nicht; wohl in einigen andern europäischen Ländern, nämlich in Italien und Rußland. Daß trotzdem die deutschen Gewerkschaften über so hohe Mitgliederziffern verfügen und deshalb die Repräsentanten der gesamten Arbeitnehmerschaft sind, hat seine eigenen Gründe. Sie liegen vor allem darin, daß die Zugehörigkeit zu einer Berufsorganisation allgemein als sittliche Pflicht empfunden wird, die den Zwang erfährt.

Dieses Bewußtsein finden wir besonders in jenen Ländern stark ausgeprägt, die über eine hochentwickelte industrielle Wirtschaft verfügen. Von der Betriebsorganisation schon erhält der Satz „Einer für alle, alle für einen“ seine Gültigkeit. Im industriellen Betriebe eines modernen Werkes kann unter Umständen von einem Arbeiter ein ganzer Betrieb zum Stocken oder Stillstand gebracht werden. Jeder einzelne bestimmt dort das Arbeitstempo und, wenn es sich um Akkordarbeit handelt, auch den Lohn einer ganzen Gruppe von Arbeitskollegen mit. Ja, noch mehr. In die Hände eines einzigen Maschinisten, der die Fördermaschine in einem Bergwerk bedient oder die Lokomotive eines Zuges lenkt, ist oft das Leben und die Gesundheit Hundertter von Personen gelegt. Wie im Betrieb also jeder auf des andern Arbeit angewiesen ist, kann auch ein industrielles Produkt nur dann reifen, wenn im Zwange der Verbundenheit alle Kräfte zusammenwirken.

Aus diesem industriellen Zwang zum Miteinander bildet sich das Bewußtsein der Verbundenheit auch für den gewerkschaftlichen Kampf. Nur steht dieses hier nicht unter dem Zwange, der sich aus dem Mechanismus der Arbeitsteilung ergibt, sondern es beruht auf einem freien Willensentschluß, der aus einem sittlichen Empfinden geboren worden ist. Gewiß geht auch dieses auf die Erkenntnis des betrieblichen Schaffens zurück, daß das gemeinsame Werk nur gelingen kann, wenn auch in der Berufsorganisation alle Kräfte zusammenwirken, nur ist das Ziel ein anderes, nämlich die Verwirklichung einer erhabenen Idee.

Es ist die Idee der Demokratie, die Frage, wer das Schicksal des arbeitenden Menschen bestimmen soll. Sie steht im Gegensatz zu der Auffassung, das ganz und gar dem zufälligen Werkseigentümer zu überlassen, im Gegensatz also zur Alleinherrschaft des Besitzes. Einem andern Treuhänder soll das Arbeitergeschick übergeben werden. Versuchen wir dieses Bestreben an Hand der Faktoren zu verstehen, die in ihrer Gesamtheit das Los des Arbeiters bestimmen. Sie sind: Einstellung, Ent-

lassung, Lohn, Arbeitszeit, Warenpreis, Arbeitsfreude usw. Wer soll über all diese Maßnahmen bestimmen? Nicht ein einzelner, der zufällig mit Besitz behaftet ist.

Junger Frühling

Nun ist es schwer allein zu sein
und nachzuhängen dunklen Worten,
wenn frohe Kinder allerorten
wie Knospen sich im ersten Schein

der Helle, die der Frühling webt
entfalten, um darin zu spielen
und jung zu sein, und von den vielen
sind alle Plätze in der Stadt belebt.

Und selbst der Abend ist ein Kind;
er läßt sich fragen von der Helle
und bringt den Tag nicht von der Stelle,
den welche Dämmerung umspinnt

bis er versinkt in einer Nacht,
die nichts mehr weiß von unserm Trauern
und so erfüllt ist von den Schauern
der Liebe und der hellen Pracht

der Sterne, die am Himmel glänzen,
daß wir den dunklen Tag nicht ahnen,
an dem unter den schwarzen Fahnen
der Arbeit wir uns qualvoll mühen.

Erich Gerlar.

Einstellung und Entlassung soll dem von der Belegschaft selbst gewählten Betriebsrat übertragen sein. Letzterer ist es auf Grund des Betriebsrätegesetzes heute schon zum Teil, wobei an den Entlassungsschutz zu denken ist. Lohn und Arbeitszeit zu regeln, ist Angelegenheit der Organisationen, also der Gesamtheit der Mitglieder, die durch den von ihm bestimmten Funktionär ihren Willen kund tut. Ebenso den Preis mitzubestimmen ist Aufgabe der Organisationen, entweder der Konsumenten oder, soweit ein direktes Mitbestimmungsrecht in Frage kommt, der Gewerkschaften. All diese Aufgaben, von deren Lösung das Schicksal des arbeitenden Menschen im weitesten Maße abhängt, kann nie ein einzelner allein bewältigen, stets nur die Macht der Vielen, der Organisation.

Welches ist die sittliche Triebfeder hierzu? Ein Teil jenes Ganzen, das das Geschick des einzelnen bestimmt, ist jedes Mitglied selbst. Durch den Gesamtwillen bestimmt jeder über seine eigenen Angelegenheiten als Arbeiter und als Mensch. Es ist der Wille zur Demokratie, der sich dagegen sträubt, sich der Macht des toten Besitzes zu beugen, der an seine Stelle Gemeinsamkeit setzen will, die er sich selbst erschafft in seiner

Die Bedeutung der Krankenversicherung für die Volksgesundheit.

Ein weiteres wichtiges Gebiet, auf dem die Krankenversicherung der Volksgesundheit dient, ist der Schutz von Mutter und Kind. Alle Bestrebungen der so glänzend organisierten Säuglingspflege nehmen ihren Ausgangspunkt von der Wochenhilfe der Krankenversicherung. Im Jahre 1925 haben die Krankenkassen hierfür mehr als 56 Millionen Mark in Gestalt von Wochenlohn, Stillgeld, Entbindungskosten usw. aufgewendet. Insgesamt haben sie in diesem Jahre mehr als 780 000 Wöchnerinnen versorgt. Das ist mehr als die Hälfte aller Entbindungen. Neuerdings wird auch freie Hebammenhilfe und alles, was sonst zur Entbindung notwendig ist, gewährt. Jede hoffende Mutter oder die Hebamme erhält von der Ortskrankenkasse eine sogenannte Wochenbettpackung, enthaltend Verbandstoffe, Desinfektionsmittel, Gummunterlage und das Notwendigste für die Versorgung des Neugeborenen.

In Zusammenarbeit mit fortschrittlich gesinnten Stadtgemeinden haben einzelne Kassen neuerdings das Gebiet der Schwangerenfürsorge zu bearbeiten begonnen. Die Berliner Ortskrankenkassen sind auf diesem Gebiete bahnbrechend vorgegangen.

Der unausgesehene Propaganda des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen ist es gelungen, die Mehrleitung der Familienkrankenpflege bei fast allen ihren angeschlossenen Kassen durchzuführen. Denn diese Einrichtung ist die erste Voraussetzung für alle diese Maßnahmen, vor allem aber dafür, daß gesunde Kinder geboren werden. Alle Maßnahmen der Säuglings- und Kinderfürsorge verbleiben vor der Wichtigkeit der Kardinalfrage: dem Volke gesunde Mütter zu schaffen. Die Kriegs- und Nachkriegszeit hat den Müttern des Volkes seelische Erschütterungen und leibliche Not in noch nie gekanntem Maße gebracht. Es ist eine leider noch viel zu wenig bekannte und daher in ihren Auswirkungen nicht genügend beachtete Tatsache, daß die Frauenkrankheiten eine grauenhafte Vermehrung erfahren haben. Keine Krankheitsursache, selbst die Tuberkulose nicht, zehrt derart am Marke des Volkes. Die Familienkrankenpflege der Krankenkassen ist das Mittel, diesem Uebel zu steuern. Der Staat hat es leider verabsäumt, die Aus- und Fortbildung der Ärzte für diesen sozialen Erscheinungen anzupassen. Infolgedessen ist der Hauptverband deutscher Krankenkassen dazu übergegangen, die Öffentlichkeit, die Staatsmänner, die Ärzte und die Frauen auf diese Quelle sozialer Krankheitserscheinungen hinzuweisen. Diesem Zwecke dient das Deutsche Institut für Frauenkunde in Berlin, verbunden mit einem Volksmuseum für Frauenkunde und gestützt auf eine Musterklinik von 100 Betten. Unter der Devise: „Gesunde Mütter — gesundes Volk“ wird hier am Krankenbett, im Laboratorium, im Operationsaal, im Studierzimmer und im Hörsaal wichtigste gesundheitliche Pionierarbeit geleistet.

Noch nicht genügend durchorganisiert ist die Hauspflege. Einzelne weitschauende Persönlichkeiten haben schon vor Jahrzehnten Hauspflegevereine gegründet, die aus privaten Mitteln, zum Teil auch durch öffentliche Mittel und durch Zuschüsse der Krankenkassen unterhalten werden. Diese Organisationen stellen Pflegerinnen an, um bei Wochenbetten oder belagerten Kranken, die keine häusliche Pflege haben, diese zu gewähren. Einzelne Ortskrankenkassen haben, da diese Organisationen über bestehende Anfänge nicht hinausgekommen sind, selbst solche Pflegerinnen angestellt.

Mit besonderer Liebe haben sich die großen Ortskrankenkassen neuerdings dem Gebiete der Kinderfürsorge zugewandt. Die Kinder der arbeitenden Bevölkerung sind durch Kriegs- und Inflationszeit gesundheitlich am stärksten gefährdet. Der Wiederaufbau der deutschen Volkskraft kann nur gelingen, wenn die heranwachsende Generation gesundheitlich gefestigt wird. Die Ortskrankenkassen unterstützen daher die Bestrebungen der Städte, Wohlfahrtsorganisationen und anderer Versicherungsträger, Kinder in Heilstätten, an der See und im Gebirge oder in den Ferien auf dem Lande unterzubringen, durch erhebliche Zuschüsse. Wo die Arbeit dieser Stellen angesichts der großen Not nicht ausreicht, haben die Ortskrankenkassen der Großstädte selbst Kinderheime geschaffen oder Versicherungen der Kinder organisiert. Auf diese

gewerkschaftlichen Organisation.

Weise wurden im Jahre 1926 auf Kosten der Ortskrankenkassen 21.780 Kinder je vier Wochen mit einem Aufwande von 1,33 Millionen Mark verpflegt.

Die Ortskrankenkassen legen überhaupt den größten Wert darauf, mit den Gesundheits-, Fürsorge- und Jugendämtern der Städte, Kreise, Provinzen und Länder wie mit den Organisationen der privaten Wohlfahrtspflege zusammen zu arbeiten. Wissen sie doch nur zu gut, daß diese weitgespannte soziale Fürsorge zu ihren Leistungen hinzutreten muß, wenn ihre Arbeit nicht vergeblich sein soll.

Zeit vielen Jahren sind die Ortskrankenkassen bemüht, durch Verbreitung hygienischer Erkenntnisse unter den Versicherten die soziale Hygiene zu fördern. Die Erziehung des Volkes zur persönlichen Hygiene wird in der nächsten Zukunft eine der Hauptaufgaben der Krankenkassen sein.

Nicht nur durch Verbreitung von Schriften kann hygienische Volksaufklärung und damit Förderung der Volksgesundheit erfolgen. Auch Lichtbild, Filme und Diapositive werden in den Dienst dieser Aufklärung gestellt.

Eine weitere sozialhygienische Aufgabe, die geeignet wäre, die Gesundheitsfürsorge des Volkes auf eine völlig neue Grundlage zu stellen, konnte bisher von den Krankenkassen noch nicht bearbeitet werden. Das ist die Krebsuntersuchung der Versicherten.

Leclair und sein Werk.

Die Gesellschaft wäre aber gerade in dem Augenblick verschwunden, wo ihre Hilfe für die alten Arbeiter unentbehrlicher als je war. Das konnte Leclair nicht zugeben. Dank seiner Bemühungen wurde die Gesellschaft im Februar 1854 auf neuer Basis für 15 weitere Jahre rekonstituiert.

Im Jahre 1860 schlug Leclair den Gesellschaftern vor, auf die zukünftige Teilung zu verzichten und eine Alterspensionskasse zu schaffen. Von 1854 bis 1860 hatte sich jedoch ein Kapitalbetrag von 400000 Frank angehäuft, deren Teilung im Jahre 1869 für einen ziemlich hohen Betrag ergeben würde.

Leclair fand sich einer lebhaften Opposition gegenüber. Viele der Gesellschafter leisteten Widerstand. Doch Leclair gab nicht nach. Er drohte, die freiwilligen Zahlungen der Firma bis 1869 zu suspendieren und mit Hilfe des Reglements einen großen Zutritt neuer Gesellschafter zu ermöglichen, die dann mit an der Teilung partizipieren würden.

Die Arbeiter gaben nach. Man gestand unbeschränkte Dauer der Gesellschaft und Schaffung von Pensionen zu. Durch Genehmigung des Innenministers am 29. Juli 1863 wurde die Gesellschaft juristische Person. Schon damals hatte sie ein Vermögen von 116442 Frank. Diese Gesellschaft ist, wie man weiß, heute noch lebend, der Grundstein, auf dem bei der Firma Leclair das Gebäude der Beteiligung ruht.

Nachdem Leclair im Jahre 1842 die Einzelbeteiligung der Arbeiter am Gewinn geschaffen hatte, ergriff er den Hilfsverein im Jahre 1854 freiwillig einen Teil am Gewinn zu. Darauf ging er nach einem Schritt weiter und machte diese Gesellschaft

durch die Behandlungskosten, denn die Untersuchungen hätten selbstverständlich nur dann einen Zweck, wenn die dabei entdeckten Krankheitsherde auch der ärztlichen Behandlung zugänglich wären. Dieses Problem muß also ruhen, bis entweder die Wirtschaftslage die Aufwendungen hierfür gestattet oder die Arzfrage in der Sozialversicherung anders als heute geregelt ist.

Diese Entwicklung ihrer Aufgaben hat die Ortskrankenkasse in den Mittelpunkt des Gesundheitsdienstes am deutschen Volke gestellt. Sie haben sich diese Stellung durch eine weitausschauende soziale Arbeit zehntausender von Arbeitgebern und Versicherten in den Vorständen und unter pflichtgetreuer verständnisvoller Mitarbeit ihrer Angestellten geschaffen. Sie werden auf dieser Bahn weiter wandeln zu Nutzen der versicherten Arbeiter und Angestellten, zum Segen des deutschen Volkes.

Was sind „Wirtschaftliche Vereinigungen“?

Der Begriff „Wirtschaftliche Vereinigungen“ von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, das heißt der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände, wird immer noch verschieden auszuliegen versucht. Es ist sehr wichtig, hier endlich einmal zu einer einheitlichen Rechtsauffassung zu kommen. Dies auch schon deshalb, weil die sogenannten „wirtschaftsfriedlichen“ Verbände das Bestreben hegen, als wirtschaftliche Vereinigungen im Sinne des Gesetzes anerkannt zu werden.

„Der Begriff der „wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitgebern“ und der „wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern“ ist bisher zwar in keinem Gesetz ausdrücklich bestimmt. Schon nach dem Sprachgebrauch können aber gemischte Vereinigungen nicht als Vereinigungen der Arbeitgeber oder als Vereinigungen der Arbeitnehmer angesehen werden.

„Der Begriff der „wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitgebern“ und der „wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern“ ist bisher zwar in keinem Gesetz ausdrücklich bestimmt. Schon nach dem Sprachgebrauch können aber gemischte Vereinigungen nicht als Vereinigungen der Arbeitgeber oder als Vereinigungen der Arbeitnehmer angesehen werden. Es besteht im übrigen auch in Schrifttum und Rechtsprechung wohl Übereinstimmung darüber, daß unter „wirtschaftlichen Vereinigungen“ nur tariffähige Vereinigungen zu verstehen sind und daß daher Vereinigungen, die sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer umfassen, nicht als wirtschaftliche Vereinigungen im Sinne des Gesetzes anzusehen sind.

durch notariellen Akt im Jahre 1863 zum Mitinhaber seiner Firma.

Die durch die Gesellschaft vertretenen Arbeiter werden also Miteigentümer des Vermögens der Firma. Der Hilfsverein bringt in die Firma ein Vermögen von 100000 Frank ein. Er erhält als Mitinhaber an Zinsen für das eingebrachte Kapital 5 % und ferner 20 % am jährlichen Reingewinn; 30 % werden an die Arbeiter als Dividende in bar zur Verteilung gebracht.

So ist die im Jahre 1863 geschaffene Lage. Im Jahre 1864 überreichte Leclair seinen Arbeitern die neuen Statuten mit folgenden Worten:

Die Mitglieder des Hilfsvereins sind nicht mehr einfache Tagelöhner, die mechanisch arbeiten und ihre Arbeit verkaufen, noch bevor die Uhr ihren letzten Glockenschlag getan hat. Alle sind Teilhaber geworden, die für ihr eigenes Konto arbeiten. In dieser Eigenschaft kann ihnen nichts in der Werkstatt gleichgültig sein.

Und er schloß mit folgenden Worten: „Wenn Sie wollen, daß ich mit zufriedenen Herzen von dieser Welt scheide, so ist es nötig, daß Sie den Traum meines Lebens verwirklichen. Nach guter Führung und emsiger Arbeit muß ein Arbeiter mit seiner Frau im Alter genug zu leben haben, um niemand zur Last zu fallen.“

Rücktritt Leclaires vom Geschäft. (1865.)

Leclair, der in Herblay (Seine-et-Oise) ein kleines Landhaus besaß, zog sich im Jahre 1865 zurück, um zu sehen, wie sein Werk nun allein weiterliefe. Sein Freund und Assozie Alfred Desfourneaux hat nun allein die Leitung der Firma.

einigungsfreiheit, deren Schutz Artikel 159 der Reichsverfassung bezweckt, wird nicht verletzt, wenn das Gesetz in Fällen, wo es gilt, die besonderen Interessen der Arbeitgeberchaft zu vertreten, lediglich solche Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Interessenvertretung zuläßt, bei denen nach der Art ihrer Zusammensetzung die Willensbildung von dem Einfluß der anderen Seite unabhängig ist. Dies ist auch der Grundgedanke, auf dem Artikel 165 der Reichsverfassung beruht, wenn er die beiderseitigen Organisationen anerkennt.“

Aus unserm Beruf

Flensburg. Auf sein 30jähriges Verbandsjubiläum kann am 15. April unser treuer und allgemein beliebter Kollege Heinrich Hansen zurückblicken. Wir wünschen dem wackeren Mitarbeiter auf diesem Wege alles Gute, vor allem auch gute Besserung seines alten Berufsleidens. Möge es unserm Kollegen Hansen vergönnt sein, noch lange Jahre in unserm Kreise zu verweilen!

Nach Helmstedt dürfen vorerst keine Kollegen zu reisen, weil unsere Kollegen heute noch um die Anerkennung der Organisation und um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ringen müssen. Kollegen, übt Solidarität!

Mannheim. Am 25. März fand unsere diesjährige Filialkonferenz (Vertreterversammlung) in Mannheim statt. Sie wurde eingeleitet durch zwei prächtig vorgetragene Gesangsvorträge des Arbeitergesangsvereins „Vorwärts“, Seckenheim. Die Malerschule Wilhelm Zimmermann (Mannheim-Neckarau) hatte ihre Arbeiten, bestehend in Holz-, Marmor-, Glasbildern und Dekorationsarbeiten, ausgestellt und dokumentierte damit aufs neue ihren rühmlichst bekannten Ruf auf diesem Gebiet. Herr Zimmermann wies in einigen kurzen Ausführungen auf den Wert dieser Arbeiten für unser Gewerbe hin, dabei betonend, daß diese Techniken auch heute noch nicht überlebt hätten, immer wieder lohnende Anwendung finden und wesentlich zu dem kunstgewerblichen Charakter unseres Berufes beitragen. Diese Schule war im letzten Semester von 170 Schülern aus dem ganzen Reich und auch vom Ausland besucht. Ferner fand eine Ausstellung unseres Fachblattes statt und ebenso über Lehrplänevorschläge. Der Vorsitzende der Filiale, Kollege P. Meckelke, eröffnete die Konferenz und gab die Tagesordnung bekannt. An Stelle des erkrankten Bezirksleiters, Kollegen F. Fuß, war Kollege Kubling, Stuttgart, erschienen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende einen kurzen Rückblick über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Reich seit der letzten Konferenz, dessen Worte ausklangen in der Ermahnung, bei den kommenden Reichstagswahlen müsse die Arbeiterchaft alles einsehen, damit dem Wahlbürgerblock eine vernichtende Niederlage bereitet würde. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten und der Ehrung der im Laufe des Jahres verstorbenen 5 Mitglieder erstattete Kollege Kehl als Geschäftsführer der Filiale den Geschäfts- und Kassenbericht. Daraus war zu entnehmen, daß die Filiale infolge rühriger Agitation im vergangenen Jahr ein gut Stück vorwärts gekommen ist. Es hätte aber noch mehr erreicht werden können, wenn sich eine größere Anzahl von Kollegen an den Agitationsarbeiten beteiligt hätte. Am Jahreschluß waren 54 Mitglieder mehr als im Vorjahr zu verzeichnen. Bemerkenswert sei, daß noch im vierten Quartal eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen war. Leider mußte auch wieder eine größere Anzahl von Mitgliedern wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden; daher müsse es unsere besondere Aufgabe sein, das Restantenunwesen immer mehr zu beseitigen und stabilere Verhältnisse zu schaffen. Die stattgefundenen Lohnverhandlungen brachten für unsern Bezirk durchaus unbefriedigende Ergebnisse. Diese 5 § (3 und 2 §) lösten allgemeine Unzufriedenheit aus. Von allen Großstädten Süddeutschlands sind im Mannheimer Bezirk die Löhne am niedrigsten.

Kurze Zeit darauf demissionierte Leclair auch vom seinem Amt als Präsident des Hilfsvereins und schlug den ehemaligen Staatsrat Charles Robert als seinen Nachfolger in diesem Amt vor, der diese Funktionen von diesem Zeitpunkt an übernimmt.

Von 1865 an nimmt Leclair, der nicht müßig bleiben konnte, das Ehrenamt des Bürgermeisters in der Gemeinde Herblay an, wo er in wahrhaft väterlicher Weise für das Wohl seiner Gemeindeglieder bis zum Jahre 1868 tätig war. Er bemühte sich in eifrigster Weise um alle Fragen der Gemeindeverwaltung; er ließ die Kirche reparieren, organisierte die öffentlichen Fürsorgeeinrichtungen, schuf einen Hilfsverein für die Gemeindeglieder. Er widmete seine Sorge der Volksschule und dem Asyl; die kleinen Kinder bekamen ihre warme Suppe in der Schule zum Frühstück; mit den älteren Jungen gründete er einen Jugendverein zum Schutz der Vogelwester. Eine Schulkasse wurde eröffnet und auch eine Volksbibliothek geschaffen. So verwirklichte er in den Jahren 1867 und 1868 einen Teil der sozialen Gedanken, die er in seiner 1850 erschienenen Broschüre „Ueber das Elend“ zum Ausdruck gebracht hatte.

Ein Vertrag über die Gesellschaftsarbeit. (1896.)

Während Leclair in Herblay zurückgezogen lebte, gedieh die Firma weiter. Das Vermögen des Hilfsvereins betrug 1868 327 295 Frank.

Die Weltausstellung von 1867 führte Arbeiterdelegationen nach Paris, von denen mehrere Mitglieder mit Leclair konferiert haben. Leclair selbst plante verschiedene Verbesserungen betreffs des Gesellschaftsvertrages. Zu diesem Zweck eröffnete er eine Umfrage unter den Arbeitern und sandte ihnen am 8. Juni 1868 einen Fragebogen. Unter den 12 Punkten des Fragebogens finden sich folgende: Schaffung eines Disziplinarrates, Art

Die Differenz betrage 7 bis 9 1/2 die Stunde. Bei den kommenden Verhandlungen müsse hierin ein Ausgleich geschaffen werden, zumal unser Industriebezirk die teuersten Verhältnisse habe. Die Verhältnisse unserer in der Industrie beschäftigten Kollegen waren besonders kritische, weil Rationalisierung, Entlassungen und Akkordabbau an der Tagesordnung waren. Bei Dalmier-Benz kam es zu einem zweitägigen Streik, der mit Erfolg beendet wurde. Das Spritzverfahren findet immer mehr Eingang, damit aber auch eine immer größere Anzahl von Fällen von Hauterkrankungen und Entzündungen infolge der verwendeten Materialien. Auch hier sei baldigst Abhilfe zu schaffen. Unsere Jugendabteilung habe sich besonders gut entwickelt. Die Organisation der Lehrlinge sei eine dringende Notwendigkeit, schon deswegen, um die vielen Mißstände im Lehrlingswesen zu beseitigen. Die unheimliche Zunahme der Lehrlinge in unserm Beruf bilde allmählich eine große Gefahr für den ganzen Beruf, sowohl für die Gehilfen, wie auch für die Arbeitgeber selbst. Die Feier des 40jährigen Bestehens der Filiale Mannheim nahm einen besonders würdigen Verlauf und fand unter großer Beteiligung der Mitglieder statt. Die Kassenverhältnisse sind besser geworden und bilanzieren in Einnahmen und Ausgaben mit 42 985,28 M. Die Hauptkasse hat 18 897 M. erhalten. An Beitragsmarken wurden 33 545 umgeföhrt. Die Arbeitslosigkeit war vergangenen Sommer sehr geringfügig, was für das laufende Jahr 1928 nicht zu verzeichnen sein wird. Zur Zeit sind noch 282 arbeitslose Berufskollegen zu verzeichnen. Die Aussichten auf Agitationserfolge in diesem Jahr scheinen dafür günstiger zu werden, haben wir doch schon in den Monaten Januar und Februar drei neue Zahlstellen beziehungsweise Ortsgruppen gebildet, und wenn alle Kollegen bei der nunmehr einsetzenden Frühjahrssagitation ihre Schuldigkeit tun, so werden wir auch in diesem Jahr weiter vorwärts kommen. Die hierauf folgende Diskussion war äußerst lebhaft und durchaus sachlich und nahm fast 2 Stunden in Anspruch. — Den Bericht vom Beirat gab der Kollege Nübling in ausführlicher Weise. Er verstand es in seinen Ausführungen, die volle Aufmerksamkeit der Konferenzteilnehmer zu fesseln. Auch hierauf folgte eine lebhaft, sachlich gehaltene Diskussion, die manche interessante Momente zeitigte. Kollege Nübling ging in seinem Schlusswort auf die einzelnen Ausführungen ein und drückte seine Freude über die durchaus sachlichen und verständnisvollen Ausführungen der Diskussionsredner, und zwar während des ganzen Tages, wie er dies nur auf wenigen Konferenzen gesunden hätte, wiederholt aus. Zum Schluß wurde ein Antrag angenommen, der beauftragt, daß bei den kommenden Lohnverhandlungen unsere Verhandlungskommission beauftragt wird, dahin zu wirken, daß das Industriegebiet Mannheim bei der Lohnerhöhung besser berücksichtigt und ein entsprechender Ausgleich gegenüber andern Großstädten von der Bedeutung Mannheims geschaffen wird. Nach Erledigung einiger Anregungen rekapitulierte der Vorsitzende das Ergebnis der Verhandlungen der Konferenz und richtete einen Appell an die Teilnehmer, das Gehörte in befruchtender Weise auszuwirken zu lassen und besonders bei der bevorstehenden Agitation tatkräftig mitzuwirken im Interesse der Organisation und im Interesse des Wohles der gesamten Kollegenschaft. Schluß der vom besten Geist getragenen Konferenz um 6 3/4 Uhr.

München. (Jahresbericht.) Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat in unserer Filiale noch keine wesentliche Entlastung des beruflichen Arbeitsmarktes gebracht. So konnten die vorhandenen Arbeitskräfte auch im vorigen Jahr nie restlos untergebracht werden. Daneben fand dauernd ein außerordentlich reger Wechsel der Arbeitsstellen statt. Die Arbeitslosigkeit war nur in den Monaten April und Mai 1927 unter 10 % unserer Mitglieder gesunken; sie ist von da an mit nur einmaliger Unterbrechung bis zum Jahreschluß auf 31,7 % und bis Ende Februar 1928 sogar auf 43,8 % gestiegen. Die Ursachen liegen nicht zuletzt in der Ueberfüllung unseres Gewerbes mit Kleinmeistern und einer hemmungslosen Lehrlingszucht und Lehrlingsausbeutung, die zudem noch eine ganze Reihe weiterer Berufsschäden mit sich bringen. Es sei hier nur an die skandalösen Preisunterbietungen



und die alle Begriffe überschreitende Schmutzkonzurrenz erinnert. Leider verlag die örtliche Arbeitgeberorganisation bei der Abstellung dieser Mißstände. Sie ist noch heute wenig geneigt, unsere Bestrebungen auf eine vernünftige Beschränkung der Lehrlingszahl zu unterstützen, und verweigerte auch fernerhin ihre Mitarbeit an der Errichtung eines Fachausschusses für die berufliche Arbeitsvermittlung. Auch im vergangenen Jahre häuften sich die Fälle, wo unsere Kollegen wegen Zahlungsunfähigkeit der „Unternehmer“ die Hilfe der Organisation und der Gerichte in Anspruch nehmen mußten und erst auf dem Weg der Pfändung zu ihrem wohlverdienten Lohn kommen konnten. Die Beschaffung von Winterarbeit ist mit einem Radiovortrag für die breite Öffentlichkeit eingeleitet und durch örtliche und bezirkliche Eingaben bei den Auftraggebern noch weiter gefördert worden. Der Erfolg hat unsere Erwartungen zwar nicht ganz erfüllt, doch kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß besonders von den Behörden viele Arbeiten für die Wintermonate bereitgestellt wurden. Unsere regste Aufmerksamkeit ist dem Arbeiterschutz zuteil geworden. Neben zahlreichen Berufserkrankungen infolge gesundheitschädlicher Materialien sind uns 11 Unfälle gemeldet, von denen einer durch Abwurf aus einem Fenster tödlich verlaufen ist. Der Interesselosigkeit weiter Kollegenkreise suchten wir durch einen Vortrag über „Die praktische Anwendung der Arbeiterschutzvorschriften“ zu begegnen, der aber ungenügend besucht war. Die zentralen Lohnverhandlungen brachten vom 30. April an eine Lohnerhöhung von 8 % und vom 1. Oktober an weitere 2 %, so daß der Stundenlohn von 1,15 M auf 1,23 M gestiegen ist. Ähnliche Verbesserungen konnten in der Metallindustrie und im Wagenbau erzielt werden. Während hier eine wesentliche Konjunktur nicht aufkommen konnte, war das Schildermalergerwerbe recht gut beschäftigt. Die Lohnregelung erfolgte nach den Bestimmungen des Reichstarifvertrages und konnte reibungslos durchgeführt werden. Dagegen scheint sich in den Anstalten für plastische Kunst eine Umstellung vorzubereiten, die zu der Auflösung dieses einst blühenden Gewerbebezuges führen dürfte. Als Schmerzenskind ist unsere Betriebsrätebewegung zu bezeichnen. Bestehen doch in München kaum einige Malereibetriebe, für die alle Voraussetzungen für die Wahl eines Betriebsrates (20 Beschäftigte) zutreffen. Dessen ungeachtet gelang es uns, 110 Kollegen als Be-

triebsobleute zusammenzufassen. Gerade der große Wechsel muß unsere Kollegen veranlassen, der Wahl einer Betriebsvertretung größere Bedeutung zuzumessen. Unsere Mitgliederbewegung zeigt bei 354 Neuaufnahmen einen Zugang von 103 und einen Bestand von 959 Kollegen. Das ist — an unserm Filialgebiet gemessen — nur ein recht mäßiger Erfolg. Aber uns fehlt am Ort die werbende Kraft gut organisierter zugereifter Kollegen, die den vielen von der Fachschule kommenden jungen Leuten das Gegengewicht ihrer beruflichen Erfahrung und gewerkschaftlichen Ueberzeugung entgegenstellen können. Dennoch ist der Einfluß unverkennbar, den unsere Organisation trotz großer Arbeitslosigkeit und ungünstiger Wirtschaftslage ausüben konnte. Für den weiteren Ausbau unseres Verbandes und damit für weitere Fortschritte zu wirken, soll unsere dringendste Aufgabe sein.

Berufsunfälle

Hannover. Am 27. März erlitt der Malerlehrling Walter L. durch Absturz von einem Fassadengerüst in der Hohenzollernstraße einen Bruch des linken Unterarms. Der Verunglückte wurde dem Siloah-Krankenhaus zugeführt. Ueber die Ursachen konnten bisher nähere Feststellungen noch nicht gemacht werden. — Am 29. März verunglückte ein älterer Malergehilfe dadurch, daß ihm bei der Arbeit ein harter Gegenstand auf den Kopf fiel. Der Verunglückte mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Baugewerbliches

Eine Sondernummer der „Soziale Bauwirtschaft“, in der die Spritztechnik im Baugewerbe behandelt wird. Nach einer Berechnung des früheren Staatssekretärs, Genossen Professor Dr. Julius Hirsch sind im Jahre 1927 für den Neubau von Wohngebäuden 3 Milliarden Mark, für Reparaturen, Erhaltung und Umbau von Wohngebäuden 1 Milliarde Mark und für Neubauten, Reparaturen und Unterhaltung öffentlicher Gebäude sowie Straßenbauten 5 Milliarden Mark ausgegeben worden. Von dieser Gesamtausgabe von 9 Milliarden Mark betragen die Ausgaben für Löhne 3,2, für Baustoffe 4,5 und für sonstige Unkosten, einschließlich Verdienste 1,3 Milliarden Mark. Ungeachtet dieser erheblichen Aufwendungen ist die Wohnungsnot sehr groß. Was zu einer gründlichen Veränderung dieser Verhältnisse geschehen mußte, ist in der im achten Jahrgang erscheinenden „Soziale Bauwirtschaft“ oft genug erörtert worden. Neben der Verwirklichung von genügendem Baukapital unter Zuhilfenahme von Auslandsanleihen zu erträglichen Zinsen ist es notwendig, dem Baugewerbe den Saisoncharakter zu nehmen und für eine ständige Bau-tätigkeit zu sorgen, so daß auch im Winter nicht ein Drittel oder gar die Hälfte geschulter Bauarbeiter brach liegt. Weiter muß der Arbeitsprozeß so wirtschaftlich gestaltet werden, daß mit den verfügbaren Kräften und Summen erheblich mehr Wohnraum hergestellt werden kann. Das ist durch eine vernünftige Gestaltung des reinen Arbeitsvorganges und durch den Gebrauch zweckmäßiger Maschinen möglich. Auch für dieses Gebiet hat die „Soziale Bauwirtschaft“ in einer Anzahl Sondernummern sehr wertvolle Anregungen gegeben. Die vorliegende, 28 Seiten starke, mit 38 Abbildungen versehene Sondernummer 7 behandelt die Spritztechnik im Baubetrieb. In dem Leitartikel zeigt Dipl.-Ing. Otto Rode, wie mit Hilfe der neuzeitlichen Spritzmaschinen sowohl für den Putz wie für den Anstrich erfolgreiche Arbeit geleistet werden kann, wenn die Industrie an der Verbesserung dieser Maschinen weiter ernsthaft arbeitet. Der Architekt H. L. E. bringt in einem zweiten Aufsatz eine einzelne gehende Rentabilitätsberechnung von Putzspritzapparaten. In zwei weiteren Aufsätzen berichten die Geschäftsführer Moritz Stein von der Berliner Malerhütte und Paul Junge von der Malereigesellschaft Hamburg über ihre Erfahrungen mit Farbspritzapparaten. Das Heft enthält dann noch einen Aufsatz über Feuerbekämpfung mittels Schaum von Fröh Melissen und Besprechungen verschiedener bautechnischer Neuerungen. Die reich ausgestattete Halbmonatsschrift „Soziale Bauwirtschaft“, die von unsern Mitgliedern zum Preise von 1,50 M vierteljährlich bezogen werden kann, kann zum Abonnement bestens empfohlen werden.

Gewerkschaftliches

Ein neuer Kämpfer: „Einigkeit“. Mit dem Zusammenschluß der Verbände der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, der Fleischer und der Böttcher zu einem großen Industrieverband der Lebensmittelbranche haben auch die vier Gewerkschaftsblätter ihr Erscheinen eingestellt. In anderer Form erhebt ein neuer Kämpfer. Teilweise gehörten die jetzt eingehenden Blätter zu den ältesten Gewerkschaftsblättern überhaupt. Die „Deutsche Böttcherzeitung“ blickt auf ein Alter von 40 Jahren zurück. Die „Verbandszeitung“, das Organ der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, ist nur um zwei Jahre jünger. Das bisherige Organ der Bäcker und Konditoren, „Einigkeit“, erschien im 34. Jahrgang, und „Der Fleischer“ blickte auf eine Tätigkeit von 28 Jahren zurück. Das neue Organ der vereinigten Verbände erscheint unter dem Titel „Einigkeit“. „Einigkeit“ wird in einem Umfang von acht Seiten erscheinen und von den drei bisherigen Redakteuren, Fröh Krelg und von den Lebensmittel- und Getränkearbeitern, Anton Lanke von den Bäckern und Weill, bisheriger Redakteur des „Fleischer“, redigiert werden. Der bisherige Redakteur der „Deutschen Böttcher-Zeitung“, Helmut Berger, tritt als hauptamtlicher Redakteur zurück und übt in seinem bisherigen Wohnort Bremen eine andere Tätigkeit aus. Dem neuen Organ ein frohliches Glückauf!

Ferienheim Neumühle. Der Ortsauschuß Leipzig des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat im idyllischen Feihgrunde bei Stadroda (Thüringen, 15 Kilometer von Jena)

der Ernennung der Werkmeister, Frage der Ungleichheit der Löhne, Vorteile, die den (damals nicht assoziierten) Hilfsarbeitern zu gewähren seien, Konten- und Buchhaltungskontrolle. Ungefähr 200 Antworten gingen ein, die geordnet und in einem Gesamtbericht zusammengefaßt wurden. Eine Kommission von 9 Mitgliedern wurde zur Abgabe ihrer Ansicht eingesetzt.

Die von Leclair in Uebereinstimmung mit der Kommission vorgeschlagenen Abänderungen wurden von der Mehrheit der in einer Generalversammlung vereinten Arbeiter und Angestellten angenommen und endgültig durch notariellen Akt vom 6. Januar 1869 festgelegt.

Dieser notarielle Akt stellt für die Firma Leclair in Wahrheit die Charta (Verfassungsurkunde) der Gesellschaftsarbeit dar.

Nach diesem Akt werden die zukünftigen leitenden Teilhaber (Direktoren) durch die Generalversammlung der Arbeiter des Stammes gewählt. Die Wahl der Verwaltung kann nur auf einen am Gewinn beteiligten Angestellten fallen. Der durch den neugewählten Chef in die Firma einzubringende Betrag von 100 000 Frank wird durch Auffummung von mindestens Zweidritteln seines Anteils am Jahresgewinn gebildet, sofern ihm seine Privatmittel nicht gestatten, den Betrag anderweitig zu erfüllen. Der ausscheidende Chef (oder im Todesfälle seine Erben) kann seine Einlage nur nach Maßgabe der Auffüllung des von seinem Nachfolger einzubringenden Kapitals zurückziehen.

Der Fürsorgeverein, Mitinhaber der Firma mit einer Einlage von 200 000 Frank und Eigentümer des Materials und der „Kundschaft“ erhält ein Viertel des Gewinns. Ein weiteres Viertel ist dem Direktorium vorbehalten. Die restliche Hälfte des Gewinns gelangt in bar an alle assoziierten Arbeiter zur Verteilung nach Maß-

gabe ihres Lohnes. Für den Fürsorgeverein, der Mitinhaber nach dem allgemeinen Recht ist, besteht also eine Beteiligung am Gewinn und am Verlust, mit Kontrolle der Konten.

Der einzelne Arbeiter oder Angestellte hat nur am Gewinn teil, ohne direkte Teilnahme am Verlust. Diese Teilnahme am Verlust kann sich jedoch indirekt auch für diese durch die Herstellung des geschaffenen Reservefonds von 100 000 Frank ergeben, um mittels vor jeder Teilung bewirkter Vorwegnahmen die Verluste zu decken.

Während des Krieges 1870 blieb Leclair, trotzdem er leidend war, in Herblay, das von den Preußen besetzt war. Während der Kommune ging er nach Paris und am 2. Juli 1871 wohnte er der Generalversammlung des Hilfsvereins bei, in der eine Resolution angenommen wurde, wonach ein proportioneller Anteil am Gewinn in bar jedem Arbeiter-Gesellschafter, der Mitglied des Stammes ist, und jedem Hilfsarbeiter oder Lehrling, der während einer gewissen Zeit im Jahre für die Firma gearbeitet hat, zusteht.

Wenige Monate später zieht sich Leclair leidend erneut nach Herblay zurück. Während des Sommers 1872 nehmen die Kräfte Leclairs sichtlich ab. Trotzdem wohnt er noch der Generalversammlung vom 23. Juni 1872 bei und verliest eine Rede, voll von ausgezeichneten Ratschlägen. Die letzte Freude Leclairs war, zu vernehmen, daß am Sonntag, 7. Juli, 50 000 Frank an die Arbeiter zur Verteilung gelangt wären.

Am 13. Juli 1872 starb er im Alter von 71 Jahren in Herblay und wurde auf dem Friedhof Montmartre in Paris beerdigt.

In seinem Testament vermachte Leclair dem „Institute de France“ eine Summe, die dazu bestimmt ist, einen Preis für junge Architekten zu stiften, und der Oeffentlichen Fürsorge einen weiteren Betrag zur Stiftung zweier Betten für Malerarbeiter in einem Hospiz. Leclair hinterließ ein Vermögen von zirka 1 200 000 Frank. (Schluß folgt.)

ein gut und neuzeitlich eingerichtetes Ferienheim mit 34 Fremdenzimmern. Es wird den Gewerkschaftskollegen zum Besuch bestens empfohlen. Alle Anfragen und Zimmerbestellungen sind an die Geschäftsstelle Leipzig C. 1, Zeltner Straße 32 (Volkshaus, Zimmer 112), zu richten.

Genossenschaftliches

Organisierte Wirtschaftskraft erzeugt Finanzkraft.

Die Bilanzahlen der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für das Jahr 1927 beleuchten in ganz interessanter Weise die Bedeutung der Wirtschaftskraft der genossenschaftlich organisierten Verbraucher. Sie steht in nahezu 4 Millionen Familien den kapitalistischen Konzernen gegenüber, die mit 13,3 Milliarden Mark nahezu zwei Drittel des gesamten deutschen Aktienkapitals erfaßt haben und in ihrem Profitstreben zu einer drohenden Gefahr für die deutsche Volkswirtschaft geworden sind.

Um eine anschauliche Vorstellung über die Bedeutung der konsumgenossenschaftlich organisierten Wirtschaftskraft zu gewinnen, braucht man nur die Mitgliederzahl der Konsumvereine des genannten Zentralverbandes, ihr eigenes Geschäftskapital, den Warenumsatz und das finanzielle Ergebnis, das heißt die direkte Nutzung für die Mitglieder im Verhältnis zum Geschäftskapital, zur Beurteilung heranzuziehen.

Die Mitgliederzahl der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes belief sich am Ende des Jahres 1927 auf genau 2 909 969 Familien, nachdem rund 150 000 ausgeschlossen worden waren, weil sie mit Bezug auf die Warenentnahme in den eigenen Verteilungsstellen nicht den festgestellten Grundtagen entsprachen. Diese 2 909 969 Familien hatten im Geschäftsjahr 1926/27 für 881,1 Millionen Mark Waren bezogen (im Kalenderjahr 1927 für 982,2 Millionen Mark), wofür ihnen eine Rückvergütung von 29,7 Millionen Mark zugute kam. Außerdem wurde noch ein Ueberschuß von 10,9 Millionen Mark erzielt, so daß also das direkte finanzielle Ergebnis für die Mitglieder aus dem Warenumsatz 40,6 Millionen Mark beträgt.

Wenn man nun beachtet, daß das Geschäftskapital der Mitglieder nur 39,4 Millionen Mark betrug, so ergibt sich die gewiß bemerkenswerte Tatsache, daß dies Geschäftskapital in einem Jahre vollständig neu herausgewirtschaftet wurde und noch 1,2 Millionen Mark dazu; es hat sich um mehr als 100 % vergrößert. Die Wirtschaftskraft der konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucher kapitalisiert sich in einem Maße, wie es bei der privatwirtschaftlichen Unternehmung kaum denkbar ist.

Gewiß bedeuten die 40,6 Millionen Mark Geschäftsertrag ja auch nur 5 % des Warenumsatzes, aber zum ersten bewertet jede privatwirtschaftliche Unternehmung ihren finanziellen Erfolg stets nur im Verhältnis zum vorhandenen Betriebskapital, und zum zweiten sind die genossenschaftlich organisierten Verbraucher in der Lage, ihren Umsatz im eigenen Unternehmen so zu steigern, daß es mindestens den dreifachen Ertrag zu erzielen in der Lage ist. Und zwar ohne irgendwelche Erhöhung des Betriebskapitals. Betrag doch der Durchschnitt des Warenumsatzes pro Mitglied nur 302 M (im Kalenderjahr 335 M), während er bei den schweizerischen Konsumvereinen mit 1000 M, bei den englischen mit 1200 M verzeichnet ist.

Eine Verdreifachung des Umsatzes würde sich aber nun nicht mit einer gleichen Multiplikation beim Ertragnis zeigen (also statt 40,6 Millionen Mark 121,8 Millionen Mark), sondern das Ergebnis würde progressiv wachsen und etwa fünfmal 40,6 Millionen Mark, also 203 Millionen Mark ergeben, weil durch den steigenden Umsatz die Unkosten andauernd gesenkt werden. Die gesammelte Wirtschaftskraft der genossenschaftlich organisierten Verbraucher enthält sehr starke ökonomische Elemente, die durch kapitalistische Potenzen auch in der Höhe von Milliarden nicht übertroffen werden können.

Voraus sich ergibt, daß Wirtschaftskraft für die Ökonomie eines Volkes entscheidender ist, als Finanzkraft, und daß deshalb die Steigerung der Kaufkraft der Verbraucher wichtiger ist, als das Kapital selbst. Aber diese Wirtschaftskraft der Verbraucher muß aktiv sein durch konzentrierten Umsatz in der konsumgenossenschaftlichen Warenverteilung.

Sozialpolitisches

Warnung vor Zeitungen mit Abonnentenversicherung.

Die „Breslauer Volkswacht“ brachte kürzlich folgende bedauerliche Notiz: „30 Jahre war ein hiesiger Maschinenwärter Abonnent von „Försters Verkehrszeitung“, nicht wegen des Inhalts, sondern weil am Kopf steht: „Hohe Volksversicherung gegen Tod und Unfall bei bescheidensten Gebühren“. Willig zahlte er durch die Jahre seine 35 M wöchentlich. — Und jetzt? Jetzt ist die Zeitung einen neuen Versicherungsvertrag eingegangen, von dem alle über 10 Jahre alten bisherigen Abonnenten von der Versicherung ausgeschlossen sind. Das ganze Geld ist um 10 M abgezahlt. So wird es später einmal auch denen gehen, die sich heute auf eine solche Zeitungsvericherung einlassen. Der Fall mag sehr vielen zur Warnung dienen!“

Die Rationalisierung in der Möbelindustrie. Wie in der Verdichtung des Konjunkturstadiums dargestellt wird, verhielt sich die Arbeiterzahl in den Großbetrieben der Möbelindustrie in den Jahren 1925, 1926 und 1927 wie 100:70:101. Die Möbelumzüge im Einzelhandel schwankten in der gleichen Zeit wie 100:99:112. Nach dem Konjunkturstadium kann man wohl annehmen, daß die Leistungssteigerung je Arbeiter in der Möbelindustrie ebenfalls etwa 12 % betrug. In der Maschinenindustrie beträgt sie durch die Rationalisierung herbeigeführte Leistungssteigerung je Arbeiter 22 %. Für die gesamte Möbel-

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbige Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!

Industrie rechnet das Konjunkturstadium nur mit etwa der Hälfte der in der Maschinenindustrie erreichten Leistungssteigerung, obwohl man für die Großbetriebe der Möbelindustrie mit ähnlichen Verhältnissen wie bei der Maschinenindustrie rechnen kann. Auf dieser Grundlage würde sich gegenüber 1925 eine Produktionssteigerung um rund 12 % pro Kopf der Arbeiter in der Möbelindustrie ergeben.

Statistik der deutschen Spareinlagen. Die Spareinlagen betragen in Deutschland

Ende Dezember 1925	1615,0 Millionen Mark
1926	3096,4
Januar 1927	3884,9
Juni 1927	4023,6
Dezember 1927	4665,4

Auch die Spareinlagen zeigen die langsame, aber stetige wirtschaftliche Erholung Deutschlands an. Aber sehr fasslich wäre es, von den Spareinlagen etwa auf eine wesentlich verbesserte Lebenslage der Sparer, in der Mehrzahl Arbeiter und andere Lohn- oder Gehaltsempfänger, zu schließen. Eher ist das Gegenteil der Fall. Mit Rücksicht auf die geringen Einkommen und die Unsicherheit der Existenz sehen sich die meisten Sparer gezwungen, durch weiteres Sparen Vorsorge für die Wechseljahre des Lebens zu schaffen.

Eingefandt

Die Kongresssprache des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Wenn man einmal Gelegenheit gehabt hat, den Gang internationaler Kongresse und Konferenzen zu verfolgen, so kommt einem zweierlei zu Gemüte: erstens ein großes Mitleid und zweitens Erregung über die Teilnehmer. Sehen sich diese gewählten Kongressarbeiter oft tagelang zu Verhandlungen zusammen, ohne überhaupt oder vielleicht nur ungenügend sich verständigen zu können.

Endlich rafft sich der Internationale Gewerkschaftsbund auf, um diese Frage zu diskutieren. Der letzte internationale Kongress in Paris beschloß nämlich, die angeschlossenen Landesorganisationen sollen sich darüber äußern, welche Sprache die zukünftige Kongresssprache werden soll. Bereits haben sich einige deutsche Gewerkschaftszeitungen darüber geäußert. Anstatt sich gewissenhaft damit zu beschäftigen, wird leider meistens nur recht oberflächlich darüber geschrieben und gesprochen.

Jeder internationale Sozialist weiß, daß dies eine Angelegenheit ist, die nur unter Anwendung internationaler Grundzüge gelöst werden kann. Nationale Sprachen haben da aus verschiedenen Gründen auszuscheiden. Der erste Grund ist, daß man dadurch ein Volk auf Kosten der anderen ungebührlich begünstigen würde. Man würde auf diese Weise den Grundgedanken der Unparteilichkeit verletzen, der in allen internationalen Beziehungen herrschen soll. Und zweitens ist jede nationale Sprache zu schwer für alle Ausländer. Sämtliche bestehenden nationalen Sprachen wimmeln von Schwierigkeiten in Aussprache, Orthographie, Grammatik, und insbesondere in den Redensarten usw. Wir bedürfen einer Sprache, die unparteiisch, leicht zu lernen, leicht anzuwenden und leicht zu verstehen ist.

DIE TECHNIK DER

HOLZMALEREI

12 FARBIGE TAFELN MIT 23 DARSTELLUNGEN, 17 ABBILDUNGEN U. INSTRUKTIVEN ERLÄUTERUNGEN MAPPE MIT TEXTTEIL - 18 MARK

Ansichtsexemplare liegen bei den Ortsverwaltungen aus. Bestellungen werden dort entgegengenommen oder vom Verlag: Fachblatt der Maler, Hamburg 56

Bei Beurteilung dieser Frage muß das Interesse der breiten Masse weitestgehende Berücksichtigung finden, also die Leichtigkeit einer zu erlernenden Sprache in den Vordergrund gerückt werden, und da kommt nur eine Kunstsprache, eine Weltsprache, wie Ido, in Betracht. Unter anderem beschäftigt sich Fritz Kummer im Organ der deutschen Metallarbeiter mit dieser Frage. Er sagt mit Recht, daß Nationalismen auszuschneiden haben und schlägt Esperanto vor. Also wiederum oberflächliche Beurteilung. Wenn eine so wichtige Sache zur Einführung steht, so muß man auch gründlich darüber beraten. Esperanto kann aber nach dem Urteil von hervorragenden Fachleuten keinen Anspruch erheben, als vollwertige Weltsprache zu dienen. Dieser Auffassung hat sogar der Erfinder des Esperanto wiederholt Ausdruck gegeben und hat Abänderungsvorschläge gemacht, die jedoch in einer Abstimmung der damaligen Esperantisten, bei denen das romanische Element so gut wie nicht vertreten war, mit 150 gegen 10 Stimmen abgelehnt wurden. Darauf erklärte der Erfinder Semenhof, daß damit die Reformfrage nicht erledigt sei. Leider ist der alte Dialekt des Esperanto noch heute erhalten. Ido hat die Mängel des Esperanto beseitigt; Ido ist das Ergebnis einer wissenschaftlichen Kollektivarbeit und der berühmte Sprachforscher Otto Jespersen, Kopenhagen, sagt am Schluß seiner Betrachtungen zur Weltsprachfrage: „Die zukünftige Weltbildungssprache der Menschheit kann nicht wesentlich anders sein, als die heutige Idosprache.“ Ido ist auf rationalen, wissenschaftlichen technischen Grundlagen aufgebaut und hat nicht zu fürchten, daß man eines schönen Tages eine noch bessere und wesentlich davon verschiedene Sprache aufstellen wird, die den Sieg endgültig davontragen könnte. Die Grundlage von Ido steht absolut fest. Wir sollen allgemein fordern, daß eine Kommission von Sprachkennern eingesetzt wird, die die Angelegenheit der Weltbildungssprache prüft. Auf Grund dieses Urteils hat die Einführung als Konferenzsprache zu erfolgen. Genosse Heinrich Peus, Dessau, Präsident des Anhaltischen Landtages, ist ein guter Kenner der Weltsprachfrage, und ist es Pflicht, diesen erfahrenen Sprachkenner zur Beurteilung heranzuziehen. P. R., Dresden.

Literarisches

Auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie? Der Vorhaben des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Vart, hat am 2. März dieses Jahres im Volkshaus in Dresden vor einer Konferenz, die der Bezirksausschuß Sachse des ADGB einberufen hatte, einen Vortrag gehalten, worin er als einen der wichtigsten Abschnitte des Gewerkschaftskongresses in Hamburg die Fortentwicklung der Debatte über die Wirtschaftstragen bezeichnete. Der Gewerkschaftskongress in Breslau hatte die Verhandlungen über die Wirtschaftstragen damit abgeschlossen, daß die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie erhoben wurde. Der Vortrag ist jetzt in einer Broschüre bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin C. 14, Inselstraße 8 a, erschienen (Preis 30 M) und ist allen, die sich vor dem diesjährigen Gewerkschaftskongress schon über die Frage der Fortsetzung der Debatte über Wirtschaftsdemokratie interessieren, angelegentlich zu empfehlen.

Gegen den Gedrängnis! Der Kampf um die bewusste Stellung der Familie. Von Emil Söllner, M. d. R. Zwei vermehrte und verbesserte Auflage. 240 Seiten mit sieben anatomischen Abbildungen. Umschlagzeichnung von Käthe Kollwitz. Preis kart. 3 M, leinwand. 4,50 M. Zusätzliche Worte. Zu beziehen vom Verlag G. Söhne, Berlin-Charlottenburg 5, Dorfweg 1. Ein empfehlenswertes Buch, das weit in die Arbeiterkreise hinein Verwendung finden sollte.

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des Berufsständigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Die monatlich erscheinende Zeitschrift kann durch den Verlag oder die Post zum Preise von 45 M vierteljährlich bezogen werden. Auch wird sie an den Schaltern der Krankenkassen den berechtigten unentgeltlich ausgehändigt.

Vom 15. bis 21. April ist die 16. Beitragswoche. Vom 22. bis 28. April ist die 17. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Dresden. Am 29. März starb an Lungenentzündung der Kollege Max Wittig im Alter von 60 Jahren. — Am 30. März starb an Kehlkopftuberkulose der Kollege Otto Martin im Alter von 27 Jahren. — Stuttgart. Am 21. März verschied unser langjähriges Mitglied Gustav Großmann nach langer Krankheit im Alter von 62 Jahren. — Ehre ihrem Andenken!

Malerpolier, 35 Jahre, sucht Stellung als

Geschäftsführer.

Seit 8 Jahren in leitender, ungekündigter Stellung, firm in Aufmaß, Kalkulation. Gute Umgangsformen. Berlin bevorzugt, da hier tätig. Angebote unter ER. 93 an die Expedition des „Maler“.